



Erklärbare Aufstiege: Drei neue Bücher über Erfolge und Wurzeln rechtsextremer Parteien in Europa

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 8. August 2013

68. Jahrgang/Nr. 183 • Berlin Ausgabe 1,60 €

**STANDPUNKT**

## Grün ist die Hoffnung

Von Simon Poelchau

Solarworld-Gründer Frank Asbeck ist sich sicher, dass sein Unternehmen wettbewerbsfähig ist. Deshalb will er zu dessen Rettung zehn Millionen Euro aus seinem Vermögen beitragen, gleichzeitig an allen Ecken und Enden kürzen und die Belegschaft bluten lassen.

Mit »Premiumprodukten« will der Langzeit-Grüne Asbeck der Konkurrenz aus China Herr werden. Doch dabei vergisst er, dass die Solarzelle auf dem Dach längst zum Massenprodukt geworden ist. Und wenn der Baumarkt Obi erst Komplettsets für billiges Geld anbietet, wird das die Preisspirale bestimmen. Denn angesichts der weiter sinkenden Vergütungssätzen für Solarstrom werden Hauselbauer immer öfter zum billigeren Produkt greifen. Die rabiate Kürzung der Förderung hat die Solarbranche der schwarz-gelben Bundesregierung zu verdanken. Diese vertritt weiterhin die Interessen der angestammten, konventionellen Energiekonzerne und versucht, die Ansätze der grünen Energiewende wieder zunichte zu machen. Denn erst die Zeit von Rot-Grün hat Solarstrom profitabel gemacht. Dadurch haben Künast, Trittin und Co. nicht nur die Erneuerbaren vorangebracht, wofür sie sich oft selbst loben. Sie haben auch einen grünen Mittelstand geschaffen, der wusste, wie mit Solarzellen Geld zu verdienen ist.

Deswegen wird Asbeck nicht nur darauf hoffen, mit seinem Rettungsplan der chinesischen Konkurrenz wieder Herr werden zu können. Er wird insgeheim auch auf eine neue Koalition hoffen. Damit der Rubel wieder rollt.

**Unten links**

Wahlversprechen sind eine Sache, ihre Umsetzung eine andere. Davon, wie die Realisierbarkeit eines Slogans der Piratenpartei – »Teilen ist das neue Haben« – schon sechs Wochen vor der Abstimmung tatkräftig erprobt wird, war gestern an dieser Stelle die Rede. Wahr wird eine Behauptung wie jene der Piraten allerdings erst, wenn sie sich auch in der Sprache niederschlägt. Sollte das Teilen also wirklich das neue Haben sein, müsste das Guthaben auf sämtlichen Konten schleunigst in ein Gut teilen transformiert werden. Von diesem Schritt ausgeschlossen wären lediglich Habenichtse, die fortan Teilnehmende heißen. Habgierige indes müssten zu Teilgerigen umgeschult werden. Einem Erlösungsversprechen käme die Umbenennung von Habseligkeiten in Teilseligkeiten gleich. Auch wären die Geschichtsbücher bei nächster Gelegenheit abermals umzuschreiben: Aus den zu tilgenden Habsburgern würden die Teilsburger. Wie schön, an solchem Wandel habteilen zu dürfen. *mha*

www.neues-deutschland.de  
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise  
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



## Großmacht hinter Stacheldraht

Jemens Hauptstadt nach Terrorwarnungen im Belagerungszustand



**Berlin** (nd). Frankreich verlängerte am Mittwoch die Schließung seiner Botschaft in Jemen, auch die Niederlande rufen jetzt ihre Bürger auf, dringend das süd-arabische Land zu verlassen. Die Hauptstadt Sanaa wirkt wie im Belagerungszustand. Und die USA, die weiter zahlreiche Botschaften geschlossen halten, verstärken ihre Drohnenangriffe gegen mutmaßliche

Extremisten. Acht Männer wurden dabei getötet, wie die jemenitische Webseite »Al-Masdar Online« berichtete.

Welche Quellen die massiven Warnungen vor Anschlägen vor allem des Al-Qaida-Ablegers auf der Arabischen Halbinsel hatten, blieb bisher eher vage. Und auch neue Informationen auf der seriösen Nachrichtenwebseite »The Daily

Beast« werfen Fragen auf. Danach wollen die US-Geheimdienste eine Art Konferenzschaltung von 20 Top-Terroristen aus aller Welt unter Leitung von Al-Qaida-Chef Aiman al-Sawahiri abgehört haben – obwohl Washington immer wieder betont, dass man die Zentrale des Terrornetzwerkes schwer getroffen habe. *Seite 2*

Foto: imago/UPI Photo

## Solarworld hofft auf Rettungsplan

Photovoltaik-Unternehmen will mit neuem Geld wieder Gewinne machen

Von Simon Poelchau

**Seit zwei Jahren macht Solarworld Miese. Aktionäre sollen für seine Rettung Verluste in Kauf nehmen.**

Eine Insolvenz des Solarmodulherstellers Solarworld scheint vorerst abgewendet. Auf der außerordentlichen Hauptversammlung des Unternehmens in Bonn zeichnete sich am Mittwoch eine Zustimmung für den Rettungsplan des Solarworld-Gründers Frank Asbeck ab. Wegen Verzögerungen lag ein Ergebnis bis Redaktionsschluss jedoch noch nicht vor.

Einmal galt Solarworld zusammen mit anderen Unternehmen aus der Photovoltaik-Branche als innovativer Hoffnungsträger der deutschen Wirtschaft. Doch seit 2011 macht der Konzern Verlust. Allein letztes Jahr beliefen sie sich

auf 476,9 Millionen Euro. Auch im ersten Halbjahr 2013 litt Solarworld unter einem Rückgang des Umsatzes auf 201 Millionen Euro gegenüber 340 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum. Der Konzern beschäftigt am Hauptproduktionsstandort in Freiberg, einem weiteren Werk in den USA und in der Bonner Zentrale noch rund 2600 Mitarbeiter. In Spitzenzeiten waren es einmal 3500.

Bereits am Montag und Dienstag bat Solarworld seine Gläubiger von Anleihen um Beihilfe. Diese stimmten mit jeweils beinahe hundertprozentiger Mehrheit für den Rettungsplan von Asbeck. Damit verzichteten sie auf 55 Prozent der insgesamt 550 Millionen Euro schweren Forderungen, die sie halten. Der am Mittwoch verhandelte Teil des Rettungsplans sieht Einschnitte bei den

Aktionären vor. Sie sollen künftig von 150 Aktien nur noch eine behalten dürfen. Asbeck selbst steuert frische zehn Millionen Euro bei. Nach dem Kapitalschnitt käme er dann wieder auf einen Anteil von rund 20 Prozent. Auch der arabische Investor Qatar Solar will mit 35 Millionen 29 Prozent des Unternehmens erwerben.

Solarworlds Schiefelage ist Teil der Krise, in der sich die deutsche Solarbranche seit über zwei Jahren befindet. Seit 2010 meldeten über 20 Unternehmen Insolvenz an, darunter auch große Namen wie Solon und Conergy. Die Gründe für die Branchenkrise sind zum einen die drastischen Kürzungen der Bundesregierung bei der Förderung der Solarenergie. Zum anderen macht den Firmen auch die billige Konkurrenz aus China zu schaffen. Ein Teil der

Branche schloss sich deshalb letztes Jahr zu der Initiative ProSun zusammen, um auf EU-Ebene ein Anti-Dumping-Verfahren gegen die Konkurrenz aus Fernost anzustreben.

Nach Verhandlungen mit China verzichtet die EU aber darauf, Strafzölle einzuführen, wie die EU-Kommission am Mittwoch mitteilte. Demnach sieht der Kompromiss mit Fernost Diplomatenkreisen zufolge vor, dass die chinesischen Solarpaneele einen Mindestpreis von 56 Cent pro Kilowatt nicht unterschreiten dürfen.

Solarworld-Chef Asbeck nannte diesen Kompromiss zwischen der EU und China »Panda-Kissing«. Einige Probleme seines Unternehmens sind aber selbst gemacht. So belasten teure Lieferverträge für Silizium, ein Rohstoff für Solarzellen, die Firma stark.

## Tunesien taumelt in eine tiefe Krise

Regierung unter Massendruck

**Tunis** (Agenturen/nd). In Tunesien hat die politische Krise mit der gestoppten Verfassungsfindung und massiven Protesten gegen die regierenden Islamisten eine neue Wendung genommen. Weder die von der islamistischen Ennahda-Partei geführte Regierung noch die Präsidentschaft kamen ihren Gegnern am Mittwoch zunächst entgegen, nachdem diese ihrem Zorn bei einer weiteren Großdemonstration Luft gemacht hatten. Am Vorabend waren Zehntausende in Tunis gegen die Regierung auf die Straße gegangen.

Die Demonstranten drängten sich auf dem Platz vor dem Gebäude der Verfassungsgebenden Versammlung in einem Vorort der Hauptstadt. Deren säkular gesinnter Präsident Mustapha Ben Jaafar hatte wenige Stunden zuvor die Arbeit der Versammlung für unbestimmte Zeit ausgesetzt. Laut einem Polizeivertreter nahmen 40 000 Menschen an der Großkundgebung teil, die wegen des Fastenmonats Ramadan erst am späten Abend begann. Damit reagierte die Opposition auf eine Massendemonstration der Islamisten am vergangenen Samstag. Die Opposition organisiert seit der Ermordung des Oppositionspolitikers Mohamed Brahmī am 25. Juli jeden Abend Protestkundgebungen.

Teilnehmer hielten Porträts Brahmīs sowie des am 6. Februar erschossenen Oppositionellen Chokri Belaid hoch. Viele Bürger machen die Regierung für die Morde mitverantwortlich. Die Opposition fordert eine Regierung der nationalen Einheit, was Ennahda mit dem Verweis auf vorgezogene Neuwahlen im Dezember ablehnt. Einige Oppositionelle verlangen zudem die Auflösung der von den Islamisten dominierten Verfassungsgebenden Versammlung, die seit Monaten wegen zahlreicher Streitigkeiten nicht bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung vorankommt.

Ben Jafaar forderte Regierung und Opposition im Fernsehen zu Verhandlungen auf. Es sei seine Pflicht, die Arbeit der Versammlung »bis zum Beginn eines Dialogs auszusetzen«. Die Gewerkschaft UGTT solle ihre »historische Rolle« erfüllen und alle Parteien zum Dialog versammeln. *Kommentar Seite 4*

**KURZ**

### Bombe auf Fußballplatz

**Islamabad** (dpa). Bei einem Bombenanschlag in der pakistanischen Hafenstadt Karachi sind am Mittwoch mindestens elf Menschen ums Leben gekommen. Unter den Opfern waren mehrere Kinder, berichtete der Sender BBC. Der Sprengsatz war an einem Motorrad befestigt, das neben einem Fußballplatz abgestellt worden war, auf dem gerade zwei Jugendmannschaften ein Spiel austrugen.

### Angebot aus Nordkorea

**Seoul** (AFP). Vier Monate nach der Schließung der gemeinsamen nord- und südkoreanischen Industriezone Kaesong sind die Chancen auf eine Wiedereröffnung deutlich gestiegen: Nach einem weitreichenden Angebot aus Pjöngjang stimmte Seoul am Mittwoch einer siebten Verhandlungsrunde zu.

### Hungerkatastrophe in Namibia

**Windhoek** (AFP). Auf Grund der schlimmsten Trockenperiode seit Jahrzehnten droht in Namibia eine Hungerkatastrophe. Schon jetzt seien etwa 400 000 Menschen von der Dürre betroffen, teilte die Regierung mit.

### Ungarn tilgt seine Schulden

**Budapest** (dpa). Ungarn hat seine restlichen Schulden von fast 721 Millionen Euro an den Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückbezahlt. Das teilte die ungarische Nationalbank am Mittwoch mit. Ungarn hatte 2008 von IWF und EU ein Notkreditpaket von 20 Milliarden Euro bekommen, zur Rettung vor dem Staatsbankrott.